



# JAHRESBERICHTE 2018

## SP STADT BERN

ALLE  
FÜR DIE  
GROSSE  
HALLE!

JA zum Baukredit  
am 10. Juni 2018



Sozialdemokratische Partei  
der Stadt Bern

Monbijoustrasse 61  
Postfach 2947 · 3001 Bern

T 031 370 07 90  
F 031 370 07 81

bern@spbe.ch  
www.spbern.ch

**Impressum**

Sozialdemokratische Partei der Stadt Bern  
Monbijoustrasse 61, Postfach 2947, 3001 Bern  
Tel: 031 370 07 90, Fax: 031 370 07 81  
bern@spbe.ch, [www.spbern.ch](http://www.spbern.ch)  
März 2019

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Bericht des Präsidiums .....</b>	<b>4</b>
<b>2. Bericht der SP/JUSO-Fraktion .....</b>	<b>7</b>
<b>3. Bericht der städtischen SP-Grossrätinnen und Grossräte .....</b>	<b>11</b>
<b>4. Abstimmungen und Wahlen .....</b>	<b>14</b>
4.1 Gemeindeabstimmungen 2018.....	14
4.2 Grossratswahlen .....	15
<b>5. Mitgliederentwicklung .....</b>	<b>16</b>
<b>6. Jahresrechnung .....</b>	<b>17</b>
6.1 Bilanz per 31. Dezember 2018 .....	17
6.2 Gewinn- und Verlustrechnung 1.1. - 31.12.2018 .....	18
<b>7. Berichte der Arbeitsgruppen .....</b>	<b>19</b>
7.1 Arbeitsgruppe Bildung .....	19
7.2 Arbeitsgruppe Gleichstellung .....	20
7.3 Arbeitsgruppe Kultur.....	21
7.4 Arbeitsgruppe regionale Zusammenarbeit .....	23
7.5 Arbeitsgruppe Sicherheit .....	24
7.6 Arbeitsgruppe Sozialpolitik .....	25
7.7 Arbeitsgruppe Stadtentwicklung / Wohnen / Verkehr .....	26
<b>8. Bericht der JUSO Stadt Bern .....</b>	<b>27</b>
<b>9. Kontaktadressen.....</b>	<b>29</b>

## 1. Bericht des Präsidiums

Das Jahr 2018 war neben den politischen Themen geprägt von personellen Wechselseln – zunächst mit den kantonalen Wahlen; sie betrafen aber auch den Stadtrat und das Parteipräsidium.

Die erste Delegiertenversammlung des Jahres 2018 stand im Zeichen der Regierungsratswahlen. Im März 2018 wurde Evi Allemann zur Regierungsrätin gewählt und im Grossen Rat konnte die SP einige Sitze zulegen. Auch in der Stadt Bern gewann die SP-Frauenliste einen zusätzlichen Sitz. Die SP Stadt Bern wird seither von Tamara Funicello, Ursula Marti, Meret Schindler, Béatrice Stucki, Nicola von Greyerz, Stefan Jordi und David Stampfli im Grossen Rat vertreten. Zudem wurde Evi von der Stadtbernerin Flavia Wasserfallen im Nationalrat ersetzt.

Im März wurde Daniel Rauch zum neuen Co-Präsidenten gewählt. Er konnte sich gegen den Kandidaten der JUSO, Michael von Bergen, durchsetzen. An derselben Versammlung fand ein Antrag der JUSO, dass die SP Stadt Bern im September 2018 eine Gegendemonstration zum «Marsch für s'Läbe» durchführen solle, bei den Delegierten eine grosse Mehrheit. Ebenfalls im März stand eine kantonale Abstimmung an, welche die Stadt direkt betraf: Der Bau des Trams «Bern-Ostermundigen» fand auf kantonaler Ebene eine knappe Mehrheit und wurde in der Stadt Bern sehr klar, mit rund 65% der Stimmen, angenommen.

Nach der nationalen Abstimmung über die No-Billag-Initiative, die in der Stadt Bern haushoch abgelehnt worden war, beschloss die SRG, das Radiostudio Bern nach Zürich zu verlegen. Die SP Stadt Bern hat zusammen mit anderen Berner Parteien eine Petition zum «Erhalt des Radio-Studios Bern» an die SRG übergeben. Der Erfolg lässt leider auf sich warten.

Im Mai mussten wir uns von Alexander Tschäppät verabschieden, der nach schwerer Krankheit verstorben ist. Der ehemalige Stadtpräsident von Bern und langjährige Nationalrat hinterlässt als Mensch und Politiker eine grosse Lücke. Wir vermissen Alex.

An der Delegiertenversammlung vom Mai beschäftigte sich die SP Stadt Bern intensiv mit Sozialpolitik. Sie verabschiedete das neue Positionspapier «Antworten auf die sozialen Herausforderungen». Zu diesem Anlass präsentierte Felix Wolfers, der Co-Präsident der SKOS und Leiter des Stadtberner Sozialamts, die aktuellen Ansätze in der Sozialhilfe. Er zeigte einmal mehr auf, wie wichtig der Volksvorschlag für eine wirksame Sozialhilfe ist, zu dem unsere Sektionen einen grossen Teil der Unterschriften beigesteuert haben.

Der Juni war von Vernehmlassungen und Mitwirkungen geprägt. Bei den Juni-Abstimmungen konnten wir die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger leider nicht davon überzeugen, die «Zonenplan-Änderung Rehhag» abzulehnen. Gleichzeitig nahm das Berner Stimmvolk aber ein weiteres Mal zur Reitschule Stellung: Der Baukredit für die Sanierung der Grossen Halle und kleinere bauliche Anpassungen in der Reitschule wurde nicht zuletzt dank der Ja-Kampagne, die von der SP geleitet wurde, mit knapp 66% angenommen. Ebenfalls im Juni fand eine gemeinsame Delegiertenversammlung zum Thema «Smart City» mit den SP-Sektionen Köniz, Muri-Gümligen, Ostermundigen und Zollikofen statt.

Nach den Sommerferien diskutierte die SP an ihrer Delegiertenversammlung mit Ursula Wyss, welche uns die Pop-up-Projekte näherbrachte, über die «Aneignung des öffentlichen Raums». Die Veranstaltung zeigte, wie wichtig der öffentliche Raum für eine Stadt ist und wie viele Möglichkeiten es gibt, diesen Raum für alle zugänglich zu machen.

Am 15. September 2018 fand auf dem Bundesplatz die Kundgebung «Marsch für s'Läbe» statt, welche – wie von den Delegierten im vergangenen März gefordert – von einem lauten, bunten und friedlichen Demonstrations-Umzug begleitet wurde. SP und JUSO verteilten in enger Zusammenarbeit mit der Heiliggeistkirche zahlreiche Ballone und Informationsmaterial. Dass die Veranstaltung ohne Konflikte mit der Polizei vonstattenging, war nicht selbstverständlich. Anfang September war es vor der Reitschule zu einem grossen Polizeieinsatz gekommen, bei dem zahlreiche unbeteiligte Feiernde vor der Reitschule verletzt worden waren. Die SP Stadt Bern forderte daraufhin eine lückenlose Aufklärung der Vorfälle und reichte einen entsprechenden Vorstoss im Stadtrat ein.



An der Delegiertenversammlung im Oktober befasste sich die SP mit dem Thema «Gemeindeautonomie» und der Masterarbeit «Stadtkanton oder Hauptstadtdistrikt? - Ein Gedankenexperiment». Die Delegierten haben an dieser Versammlung einen Antrag für die Einsetzung einer Arbeitsgruppe «AG Gemeindeautonomie» gutgeheissen: Die Arbeitsgruppe soll untersuchen, welchen rechtlichen Spielraum die Stadt gegenüber dem Kanton hat, um ihre Autonomie zu stärken.

Im Oktober gab unsere Gemeinderätin Ursula Wyss bekannt, dass sie bei den Gemeinderatswahlen 2020 nicht mehr antreten wird. Seit 2012 gestaltet Ursula die Stadt Bern aktiv und setzt sich als Direktorin für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün unermüdlich für eine höhere Lebensqualität für alle ein. Wir bedauern den Entscheid sehr und freuen uns auf die Projekte, die Ursula bis zum Ende der Legislatur noch umsetzen wird.

Im November standen gleich neun Abstimmungsvorlagen im Raum, wobei hier nur die wichtigsten erwähnt werden sollen: National wurde die «Selbstbestimmungsinitiative» gebodigt, die Bürgerinnen und Bürger des Kantons Bern sprachen sich gegen das neue kantonale Steuergesetz aus und auf kommunaler Ebene wurde das Budget unseres Gemeinderats Michael Aebersold nach zum Teil schwierigen und aufwändigen Diskussionen mit sagenhaften 72,75% angenommen.

Über das gesamte Jahr hinweg wurde diskutiert, gekämpft, gestritten und sehr viel ehrenamtliche Arbeit geleistet. Wir danken allen Menschen, welche sich in irgendeiner Form an den Arbeiten beteiligt haben, ganz herzlich, insbesondere auch denjenigen, die an unzähligen Wochenenden auf der Strasse Unterschriften für den Volksvorschlag zur Sozialhilfe, gegen die Senkung der Unternehmenssteuern, gegen das Polizeigesetz, für die 99%-Initiative und gegen Subunternehmerketten gesammelt haben. Wir nehmen den Schwung, den wir durch die gewonnenen Abstimmungen erhalten haben, für die nationalen Wahlen 2019 mit und bereiten uns auf die Wahlen 2020 vor, für welche die Ausgangslage zwar nicht einfach ist, die aber auch Chancen bietet.

Wir sind sehr gut aufgestellt, weil unsere Arbeit und unsere Positionen überzeugen: Die Mitgliederzahlen wachsen, unsere Finanzen sind stabil und wir haben gutes Personal auf allen Ebenen.

Für eine weiterhin offene, solidarische und ökologische Stadt Bern!

Edith Siegenthaler und Daniel Rauch, Co-Präsidium SP Stadt Bern



## 2. Bericht der SP/JUSO-Fraktion

### Personelles

Die Fraktion verzeichnete 2018 vier Wechsel: Rithy Chheng trat nach mehr als zehn Jahren auf den 22. März aus dem Stadtrat zurück. Seine Nachfolgerin, Laura Binz, arbeitet seit April im Berner Stadtparlament mit. Am 14. Juni nahm Lisa Witzig als Nachfolgerin der in den Grossen Rat gewählten Tamara Funicello an ihrer ersten Stadtratssitzung teil und auf August traten Halua Pinto de Magalhães und Lukas Meier zurück. Auf sie folgten Bernadette Häfliger und Ayse Turgul. Damit ist die SP/JUSO-Fraktion nun mit 16 Frauen und 8 Männern im Stadtrat vertreten. Wir danken den Zurückgetretenen herzlich für ihre engagierte Arbeit.

Im Mai mussten wir viel zu früh Abschied nehmen von Alex Tschäppät. Er prägte jahrelang die Politik der SP und der Stadt mit. Bern war seine Herzensangelegenheit. Seine grosszügige, humorvolle, warmherzige, authentische Persönlichkeit, sein politischer Instinkt und Handwerk fehlen uns.

### Parlamentarische Arbeit

Das Stadtparlament hat im Jahr 2018 in 93 Sitzungsstunden 456 Geschäfte behandelt, davon 120 Sachgeschäfte und 336 Vorstösse. Nachfolgend ein thematisch gegliederter Überblick über wichtige Geschäfte:

Gleich zu Beginn des Jahres gab die Planung des **Gaswerkareals** – des zweitgrössten Wohnbauprojekts, das die Stadt in den kommenden Jahren in Angriff nehmen will – viel zu reden. Die SP/JUSO-Fraktion setzt sich für ein lebendiges und durchmisches Stadtquartier mit bezahlbaren Wohnungen ein. Dabei darf die bestehende Kulturnutzung nicht gefährdet werden und die Verkehrserschliessung soll bereits jetzt geplant werden – insbesondere die Anbindung ans ÖV-Netz.

Trotz grosser Bemühungen der Stadt ist der Leerstand an Wohnungen in Bern weiterhin sehr tief und der Bedarf an bezahlbaren Wohnungen gross. Abhilfe schaffen soll eine deutlich angenommene interfraktionelle Motion, die wir gemeinsam mit GFL/EVP und GB/JA! einreichten. Sie fordert den Gemeinderat auf, dem Stadtrat und dem Volk einen **Rahmenkredit von 60 Mio. Franken** für den Zeitraum von 2019 bis 2022 vorzulegen. Damit soll die Betriebskommission des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik die Möglichkeit erhalten, eine aktivere Rolle auf dem Liegenschaftsmarkt einzunehmen, um zusätzlichen Wohnraum zu beschaffen – insbesondere im Segment «günstiger Wohnraum mit Vermietungskriterien (GüWR)».

Die Mieten in Bern stiegen in den letzten zehn Jahren deutlich. Einer der Hauptgründe dafür ist, dass bei einem Wohnungswechsel die Mietpreise steigen. Wir verlangten im Stadtrat erfolgreich, dass sich der Gemeinderat beim Regierungsrat für die **Einführung der Formularpflicht** einsetzt, also der Offenlegung der Vormiete. Leider sieht der Regierungsrat keinen Handlungsbedarf - doch wir bleiben dran.

Ein **Zeichen für die Gleichberechtigung**: Frauen in der Berner Stadtverwaltung haben künftig am 8. März, dem internationalen Frauentag, frei. Und dies so lange, bis in der Stadtverwaltung keine unerklärliche Lohndifferenz (derzeit 1.8%) mehr existiert. Der Stadtrat hiess eine diesbezügliche von der JUSO gemeinsam mit Politikerinnen

der AL und der GFL eingereichte Motion mit 33 Ja- zu 20 Nein-Stimmen bei 14 Enthaltungen gut.

Auch dieses Jahr stand die **Schulraum- und Bildungspolitik** mehrmals auf der politischen Agenda: Mit deutlicher Mehrheit stimmte die Berner Stimmbevölkerung dem Baukredit für die Volksschule Spitalacker zu. Ebenso erging es dem Investitions- und Verpflichtungskredit «base4kids2», wodurch die Schulen eine neue und zeitgemässe Schulinformatik erhalten. Zudem hiess der Stadtrat einen Baukredit von 2,8 Mio. Franken gut, damit im ehemaligen Zieglerhospital eine **Quartierküche inkl. niederschwelliger Qualifizierungsangebote** zur Produktion von Mahlzeiten eingerichtet werden kann. Zudem wird das Essen nicht mehr in Zürich produziert, sondern wieder in Bern; eine Win-Win-Situation.

Folgende Volksabstimmungen seien erwähnt: Im Sommer hiess das Berner Stimmvolk den **Zonenplan Rehhag** gut. Die SP stand dem Vorhaben ablehnend gegenüber (Nein-Parole) und begleitet das Verfahren weiterhin kritisch. Gefreut haben wir uns aber über das klare Stadtberner Ja zum **Baukredit für die Grosse Halle**, wie auch über die kantonale Zustimmung zum **Tram Bern-Ostermundigen**.

Der Stadtrat genehmigte die neuen Leistungsverträge mit der im 2017 neu geschaffenen **Bern Welcome** AG (aufgegliedert in Bern Tourismus AG und Bern Meetings & Events AG). Die Stadtberner Tourismusförderung erhält damit mehr Geld. Für uns ist eine klare Fokussierung auf nachhaltigen Tourismus wichtig. Immer wieder diskutierten wir auch, welche Grossanlässe zur Stadt Bern passen. So unterstützte die SP/JUSO-Fraktion im Stadtrat grossmehrheitlich ein Postulat, das sich gegen den Formel E-Prix 2019 richtete. Für uns war insbesondere der Einbezug der Quartierbevölkerung ungenügend.



Der **Fraktionsausflug** führte uns dieses Jahr in Richtung Bielersee. Nach einer interessanten Führung durch das Wasserkraftwerk Hagneck machten wir eine Wanderung nach Lüscherz und weiter mit dem Postauto nach Erlach. Von dort aus fuhren wir mit dem Schiff nach Biel, wo wir ein feines Abendessen mit einigen Mitgliedern der Bieler SP-Stadtratsfraktion genossen. Einige liessen den Abend im Neustadtlab auf der Schützenmatt ausklingen.



Zu reden gaben auch das Verhältnis der Stadt zur **Kantonspolizei** sowie die Videoüberwachung durch Private auf öffentlichem Grund. Gemeinsam mit anderen Parteien reichte die SP/JUSO-Fraktion eine Motion ein, die eine unabhängige Untersuchung des Polizeieinsatzes bei der Reitschule vom 1./2. September 2018 fordert. Weiter wurde ein dringliches Postulat der SP/JUSO-Fraktion zur illegalen Kameraüberwachung durch das Hotel Schweizerhof vom Stadtrat erheblich erklärt.

Die **Budget-Debatte** im Stadtrat verlief dieses Jahr vergleichsweise ruhig, im Vorfeld gab es jedoch einige mediale und interfraktionelle Turbulenzen. Die Diskussion drehte sich vor allem um den vom Gemeinderat beabsichtigten Ausbau um 51, respektive 40 Stellen. Das Budget 2019 mit einem Überschuss von 1.284 Mio. Franken wurde schliesslich mit 43:27 Stimmen genehmigt. Auch in der Volksabstimmung wurde die städtische Finanzpolitik mit einem Ja-Anteil von 72.75% deutlich gutgeheissen.

Die Präsenz der Fraktionsmitglieder im Rat verbesserte sich im Berichtsjahr deutlich, was sehr erfreulich ist. Wir danken den Mitgliedern der SP/JUSO-Fraktion ganz herzlich für das grosse Engagement im Stadt- und Gemeinderat wie auch in den vorbereitenden Kommissionen und Arbeitsgruppen.

Marieke Kruit und Lena Sorg, Co-Präsidentinnen der SP-Fraktion



**Marieke Kruit**



**Lena Sorg**



**Mohamed Abdirahim**



**Timur Akçasayar**



**Katharina Altas**



**Laura Binz**



**Yasemin Cevik**



**Benno Frauchiger**



**Bernadette Haefliger**



**Nadja Kehrl**



**Ladina Kirchen**



**Ingrid Kissling**



**Fuat Köçer**



**Martin Krebs**



**Nora Krummen**



**Barbara Nyffeler**



**Peter Marbet**



**Patrizia Mordini**



**Edith Siegenthaler**



**Bettina Stüssi**



**Michael Sutter**



**Ayse Turgul**



**Johannes Wartenweiler**



**Lisa Witzig**

### 3. Bericht der städtischen SP-Grossrätinnen und Grossräte

Die SP Stadt Bern war 2018 im Grossen Rat mit Stefan Jordi (Gesundheits- und Sozialkommission), Ursula Marti (Finanzkommission), Meret Schindler (Sicherheitskommission), David Stampfli (Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission), Béatrice Stucki (Finanzkommission), Nicola von Greyerz (Bildungskommission) und ab 1. Juni Tamara Funicello (Justizkommission) vertreten.

#### Januarsession

Die Januarsession wurde kurzfristig einberufen, da die Novembersession 2017 mit gewichtigen Geschäften (Voranschlag und Finanzplan mit Abbauvorlage, diverse gewichtige Gesetzesrevisionen) heillos überladen war.

*Polizeigesetz:* Während zweier Tage wurden in erster Lesung zahlreiche Anträge diskutiert. Die SP-Fraktion hat engagiert für ein vernünftiges Gesetz gekämpft.

*Justizvollzugsgesetz:* Das Gesetz regelt den Beizug von Privaten und enthält Bestimmungen zum Umgang mit Personendaten, visueller Überwachung und Aufzeichnung. Auch ohne mit allen Details einverstanden zu sein, überwogen für die SP/JUSO/PSA-Fraktion die Vorteile und sie half mit, das Gesetz zu verabschieden.

#### Märzsession

Die Märzsession war die letzte Session der Legislatur. Es galt, diverse Gesetzesrevisionen von abtretenden Regierungsmitgliedern zu Ende zu bringen.

*Landeskirchengesetz:* Der Rat entschied mit Unterstützung der SP, dass Geistliche künftig von den Kirchen statt vom Kanton angestellt werden.

*BKW-Gesetz:* Die SP setzte sich mit Erfolg dafür ein, dass im neuen Gesetz eine Mehrheitsbeteiligung des Kantons an der BKW verankert wird.

*Energiegesetz:* Eine Mitte-Links-Mehrheit verhalf dem Energiegesetz im Grossen Rat zu einer Mehrheit. Die Vorgaben für ökologische Gebäudetechniken wurden moderat erhöht. Dem Hauseigentümerverband ging das bereits zu weit. Er ergriff das Referendum.

*Sozialhilfegesetz:* Unter der unbarmherzigen Ägide von Regierungsrat Schnegg beschloss der Grosse Rat eine Senkung des Grundbedarfs in der Sozialhilfe. Die SP hat sich mit vielen anderen Organisationen aktiv gegen diesen Sozialabbau unter das SKOS-Minimum gewehrt. Mit guter Taktik (und etwas Glück) gelang es, dass der Grosse Rat keinen Eventualantrag beschloss und wir daraufhin einen Volksvorschlag lancieren konnten. Dieser will mehr Arbeitsintegration und konstruktive Unterstützung für Betroffene statt weitere Prekarisierung.

*Steuergesetz:* Gegen unseren erbitterten Widerstand beschloss der Grosse Rat die Senkung der Unternehmenssteuern. Wir ergriffen daraufhin das Referendum. Das Volk folgte uns und lehnte die Senkung im November 2018 ab.

*Polizeigesetz:* Die SP/JUSO/PSA-Fraktion wehrte sich engagiert gegen übermässige Restriktionen wie die Kostenüberwälzung an Demo-VeranstalterInnen oder eine Weg-

weisungsbestimmung, die gegen die Fahrenden zielt – leider ohne Erfolg. Das Gesetz weist auch Verbesserungen auf, deshalb war die Fraktion bei der Schlussbeurteilung geteilt. Das Polizeigesetz wurde mit Unterstützung eines Teils der SP-Fraktion verabschiedet. Die SP Stadt Bern hat sich am Referendum dagegen beteiligt.

*Kredit für die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA):* Der Kredit wurde mit SP-Unterstützung vom Rat angenommen. Dieser Entscheid wurde nach einem SVP-Referendum auch vom Volk bestätigt.

*Volksschulgesetz:* Im allerletzten Geschäft dieser Legislatur wurde die Unterstützung der Ferienbetreuung im Volksschulgesetz verankert – dies aufgrund eines überwiesenen Vorstosses aus unseren Reihen. Ein schöner Abschluss!

## **Wahlen vom 25. März**

Die SP war mit fünf zusätzlichen Sitzen im Grossen Rat die Siegerin der Grossratswahlen 2018. Einen dieser Sitze steuerte die SP Stadt Bern bei. Neu sitzen für die SP Kanton Bern 23 Frauen und 15 Männer im Kantonsparlament. Zudem gehören 2 PSA-Mitglieder zur Fraktion. Gestärkt und hochmotiviert begann die Fraktion ihre Arbeit mit einer zweitägigen Retraite in Magglingen.

## **Junisession**

In der ersten Session der Legislatur war der Rat zunächst mit seiner Konstituierung beschäftigt. Kommissionen und andere Gremien mussten besetzt werden. Danach standen kleinere Gesetzesrevisionen an.

*Handel- und Gewerbegesetz:* Der Rat hat sich - gegen den Willen der SP-Fraktion – für längere Ladenöffnungszeiten in der Unteren Altstadt von Bern entschieden. Zudem wurde die Zuweisung der Spielbankenabgabe geändert.

*Landwirtschaftsgesetz:* Der Rat hiess eine unbestrittene Schutzmassnahme für die Bienenzucht gut.

*Fischereigesetz:* Die Anhebung der Patentkosten und die Einführung eines Hegebeitrags wurden einstimmig beschlossen.

*Personalgesetz:* Kleinere unbestrittene Verfahrensvorschriften wurden geändert

*Gesetz über das Erbringen von Sicherheitsdienstleistungen:* Es wurde eine Bewilligungspflicht für private Sicherheitsunternehmen erlassen.

## **Septembersession**

*Volksvorschlag versus Eventualantrag:* Der Grosse Rat beschliesst mit einer parlamentarischen Initiative eine vorläufige Verfassungsänderung, wonach der Volksvorschlag bei einem Referendum gegenüber dem Eventualantrag bessergestellt wird. Ein langgehegtes Anliegen der SP!

*Bäuerliches Boden- und Patentrecht:* Diskutiert wurde die Frage, ab welcher Grösse ein Landwirtschaftsbetrieb als Gewerbe gilt und ob kleine Betriebe – entgegen den Bundesvorgaben – steuerlich entlastet werden sollen. Die Bauernlobby setzte sich wie immer durch, die Entlastungen wurden gewährt.

*Einführungsgesetz Krebsregister:* Das Gesetz wurde einstimmig beschlossen.

## **Novembersession**

*Gesetz über die politischen Rechte:* Der Rat beschloss einstimmig eine 3-Prozent-Hürde für den zweiten Wahlgang bei Majorzwahlen.

*Gewässerschutzgesetz:* Die Abwasserabgabe wurde einstimmig gesenkt, da der Abwasserfonds zu grosse Reserven angehäuft hat.

*Jahresrechnung 2017:* Die Rechnung wurde mit grosser Verspätung und nachträglichen Korrekturen genehmigt.

*Voranschlag und Finanzplan 2019:* Die SP/JUSO/PSA-Fraktion stellte zahlreiche Anträge, um Leistungsabbau zu verhindern bzw. rückgängig zu machen – dies nachdem das Volk die Unternehmenssteuersenkung abgelehnt hatte und der Staatshaushalt dadurch mehr Einnahmen hat.

*Investitionsfonds:* Der Grosse Rat wies – entgegen dem Willen der SP - den Antrag der Regierung für einen Investitionsfonds zurück.

*Volksvorschlag für eine wirksame Sozialhilfe:* Der Volksvorschlag wurde vom Grosse Rat zur Ablehnung empfohlen. Jedoch wurde einstimmig beschlossen, die von der GEF angegebenen Kosten des Volksvorschlags durch neutrale Experten zu überprüfen. Im Nachhinein zeigte sich, dass die GEF die Kosten um ein Mehrfaches zu hoch angegeben hatte.

*Gesetz über die Ruhe an öffentlichen Feiertagen:* Der Rat beschloss mehrheitlich, dass Ausnahmeregelungen für Veranstaltungen an Sonntagen neu auch für Feiertage gelten.

Ursula Marti, Grossrätin



**Stefan Jordi**



**Ursula Marti**



**Meret Schindler**



**David Stampfli**



**Béatrice Stucki**



**Nicola von Greyerz**



**Tamara Funiciello**

## 4. Abstimmungen und Wahlen

### 4.1 Gemeindeabstimmungen 2018

#### 4. März

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Sanierung und Erweiterung Volksschule Spitalacker: Baukredit	Ja	Ja (89.37 %)
Überbauungsordnung Wohlenstrasse Eymatt	Ja	Ja (81.06 %)

#### 10. Juni

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Bauliche Anpassungen Reitschule: Baukredit	Ja	Ja (65.81 %)
Zonenplan-Änderung Rehhag	Nein	Ja (59.19 %)

#### 23. September

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Neue Fallführungssoftware citysoftnet für den Sozialbereich: Investitions- und Verpflichtungskredit	Ja	Ja (68.87 %)

#### 25. November

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Neue Schulinformatik «base4kids2»: Investitions- und Verpflichtungskredit	Ja	Ja (80.81 %)
Budget 2019 der Stadt Bern	Ja	Ja (72.75 %)
Naturgefahrenplan: Erlass des Naturgefahrenplans und Teilrevision der Bauordnung der Stadt Bern	Ja	Ja (91.39 %)
Begriffe und Messweisen im Bauwesen: Teilrevision der Bauordnung der Stadt Bern	Ja	Ja (91.22 %)

## 4.2 Grossratswahlen

Zu den Grossratswahlen vom 30. März 2018 trat die SP in der Stadt Bern mit einer Frauen- und einer Männerliste an und diesmal hatte auch die JUSO wieder eine eigene Grossratsliste. Anders als bei früheren Wahlen wurden die Kandidierenden der SP aber nicht kumuliert; es kandidierten somit 20 Frauen und 20 Männer. Alle sechs Bisherigen traten erneut an.

Dank eines beherzten Kampfs gegen die bürgerliche Abbaupolitik, Frauenlisten in fast allen Wahlkreisen und einer breiten Mobilisierung unserer Mitglieder und SympathisantInnen für die Basiskampagne ging die SP als grosse Siegerin aus den Wahlen hervor. In der Stadt Bern konnten SP und JUSO sogar sensationelle 8.1 Prozentpunkte dazugewinnen und erreichten mit 33.3% das beste Grossrats-Wahlresultat der letzten Jahrzehnte. Einem leichten Verlust der SP-Männerliste steht dabei ein massiver Zugewinn der Frauenliste von über 7 Prozentpunkten gegenüber, was für einen zusätzlichen fünften Sitz reichte. Die JUSO-Liste holte 1.9% der Stimmen.

Neben den Bisherigen Stefan Jordi, Ursula Marti, Meret Schindler, David Stampfli, Béatrice Stucki und Nicola von Greyerz, die wiedergewählt wurden, schaffte neu auch Tamara Funicello den Sprung in den Grossen Rat. Sie war als Spitzenkandidatin der JUSO auf der SP-Frauenliste angetreten.

Obwohl das Mitte-Links-Lager insgesamt fast 7 Prozent zulegen konnte, ging der Sitzgewinn der SP-Frauenliste zu Lasten der Grünen. Das Grüne Bündnis (GB) und die Grüne Freie Liste (GFL) waren erstmals auf einer gemeinsamen Liste angetreten und büssten gemeinsam 3.2% ein, während die kleinen Linksparteien (AL, PdA und GPB-DA) um 1.8 Prozentpunkte auf 7% zulegen konnten. Grosse Verluste mussten SVP und BDP hinnehmen, bei den anderen Parteien gab es nur kleinere Verschiebungen.

Partei	2014	2018	Diff.	Sitze
<b>SP/JUSO</b>	<b>25.2%</b>	<b>33.3%</b>	<b>+ 8.1</b>	<b>7 (+1)</b>
Grüne	21.9%	18.7%	- 3.2	4 (-1)
FDP	10.2%	10.5%	+ 0.3	2
glp	9.9%	10.3%	+ 0.4	2
SVP	12.0%	9.3%	- 2.7	2
BDP	6.3%	4.0%	- 2.3	1
kleine Linke	5.2%	7.0%	+ 1.8	1
EVP	3.8%	3.2%	- 0.6	1

## 5. Mitgliederentwicklung

Stichtag: 31.12.2018

Sektion	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	Diff. 18/19	Dele- gierte
Altstadt-Kir- chenfeld	182	183	191	192	182	179	176	172	184	180	- 4	9
Bümpliz / Bethlehem	219	205	208	203	202	210	217	218	228	230	+ 2	12
Holligen	72	63	71	71	68	71	69	74	77	81	+ 4	5
Länggasse- Felsenau	188	171	178	172	155	174	179	187	192	201	+ 9	11
Nord	259	251	240	235	254	253	264	284	293	307	+ 14	16
Ost	167	148	162	176	180	178	188	194	204	214	+ 10	11
Süd	164	168	180	168	178	168	165	175	181	185	+ 4	10
Einzelmit- glieder	11	9	7	6	6	5	5	4	4	4	-	-
Total	1262	1198	1237	1224	1225	1238	1263	1308	1363	1402	+ 39	75



## 6. Jahresrechnung

### 6.1 Bilanz per 31. Dezember 2018

<b>Aktiven</b>	<b>147'049.59</b>
Postkonto 30-8910-5	124'150.04
Postkonto 31-590906-3	5'322.00
Postkonto 92-958286-0	16'877.55
Debitoren Sektionen	
Debitoren andere	700.00
Debitoren VST	
Transitorische Aktiven	
<b>Passiven</b>	<b>147'049.59</b>
Kreditoren	
Kreditoren automatisch	
Transitorische Passiven	4'185.00
Wahlfonds	54'178.00
Kampagnenfonds	10'000.00
Fonds politische Rechte	12'357.20
Finanzausgleichsfonds	219.00
Gewinnvortrag 01.01.2018	65'010.49
Gewinn 31.12.2018	1'099.90
Gewinnvortrag 31.12.2018	66'110.39

## 6.2 Gewinn- und Verlustrechnung 1.1. - 31.12.2018

	<b>Rechnung 17</b>	<b>Budget 18</b>	<b>Rechnung 18</b>
<b>Total Aufwand</b>	<b>136'034.92</b>	<b>135'750.00</b>	<b>136'390.10</b>
Kampagnen	5'378.30	7'000.00	5'619.60
Wahlen	24'226.32	0.00	0.00
Veranstaltungen öffentlich	851.90	1'500.00	2'463.20
Unterstützungen extern	1'340.00	1'340.00	1'340.00
Werbung/Information	1'162.90	5'000.00	6'320.95
Einlage Wahlfonds	13'000.00	30'000.00	30'000.00
Einlage Kampagnenfonds	0.00	0.00	0.00
Parteiversammlungen	3'352.40	4'500.00	2'586.25
regiolinks.be / Info	6'141.65	6'500.00	6'141.65
Anlässe	590.25	700.00	677.90
Unterstützungen Intern (Juso)	2'500.00	2'500.00	2'500.00
Einlage Fonds pol. Rechte	300.00	300.00	300.00
Einlage Finanzausgleichsfonds	0.00	0.00	0.00
Abschreibungen	100.00	0.00	0.00
Beitrag SP Kanton	72'668.00	71'836.00	72'686.00
Administration	2'189.00	2'000.00	1'388.00
Kredit GL	1'887.20	3'000.00	2'989.45
Internet	347.00	500.00	678.30
Diverses	0.00	0.00	698.80
Steuern	0.00	0.00	0.00
<b>Total Ertrag</b>	<b>136'187.00</b>	<b>135'750.00</b>	<b>137'490.00</b>
Sektionsbeiträge	116'605.00	115'500.00	118'080.00
Mandatsabgaben	19'432.00	20'000.00	19'410.00
Spenden	50.00	0.00	0.00
Ertrag Kampagnen	0.00	200.00	0.00
Wahlfinanzierung	0.00	0.00	0.00
Übriger Ertrag	0.00	0.00	0.00
Zinsertrag	0.00	50.00	0.00
ausserordentlicher Ertrag	100.00	0.00	0.00
Entnahme Wahlfonds	0.00	0.00	0.00
Entnahme Kampagnenfonds	0.00	0.00	0.00
Entnahme Fonds. Pol. Rechte	0.00	0.00	0.00
Entnahme Finanzausgleichsfonds	0.00	0.00	0.00
<b>Erfolg</b>	<b>152.08</b>	<b>-926.00</b>	<b>1'099.90</b>

## 7. Berichte der Arbeitsgruppen

Die **Arbeitsgruppe Sport** wurde 2018 aufgelöst.

Die **Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie** hat sich 2018 zu keiner Sitzung getroffen und konstituiert sich derzeit neu.

### 7.1 Arbeitsgruppe Bildung

An Anlässen und Sitzungen der AG Bildung der SP der Stadt Bern nehmen in der Regel 10 - 15 Personen teil. Es handelt sich dabei zum einen um Schulkommissionsmitglieder, zum andern um weitere, an Bildungsfragen interessierte Parteimitglieder. Die Zusammenarbeit ist gut. Die Diskussion ist differenziert und engagiert.

Im Berichtsjahr 2018 fanden folgende Anlässe statt:

Die GL hat der AG Bildung Mitte 2017 den Auftrag erteilt, das "Positionspapier Bildung" der SP der Stadt Bern bis Ende 2018 zu überarbeiten. Ein Grossteil der Zeit und Energie der AG Bildung wurde für dieses Geschäft verwendet.

Mitte **Februar** wurde ein Bildungsworkshop – mit dem Titel "Bildung 2028, Chancen, Thesen und (An-) Forderungen" – organisiert. Das Ziel der Veranstaltung war es, gemeinsam Schwerpunkte herauszuarbeiten und diese zu hierarchisieren. Unter der Leitung von Hermann Flükiger diskutierten ca. 20 Parteimitglieder aus unterschiedlichen AG's das Thema. Die Auseinandersetzung mit dem Thema war differenziert und interessant. Die Teilnehmenden waren offen für die Perspektive der Andern und es konnten die wichtigen Punkte, inklusive der jeweiligen Zielsetzungen, herausgearbeitet werden. Das Motto: "*das Wohl des Kindes steht im Zentrum, - die Volksschule ist die beste Schule und eine Schule für alle*", war unumstritten und zugleich oberstes Ziel.

Folgende Schwerpunkte wurden festgelegt:

- Vielfalt und Heterogenität – eine Schule für alle
- Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von grösster Bedeutung
- Bildungslandschaften – Zusammenführen und Vernetzen aller Bildungsakteure
- Ressourcen – ausreichend Ressourcen für einen umfassenden Bildungsauftrag
- Qualität – die Schule verfügt über eine hohe Qualität

Im Anschluss an die Veranstaltung fand die Weiterarbeit in Kleingruppen statt. Jede Gruppe übernahm die inhaltliche Erarbeitung eines Schwerpunktes. Eine weitere "Gruppe" übernahm das Zusammenführen und Abgleichen der einzelnen Beiträge, sowie die Schlussredaktion.

Weitere Sitzungen zum Stand der Überarbeitung des bildungspolitischen Positionspapiers fanden im **August**, im **Oktober** und im **November** statt.

Die Kleingruppen und die Vorbereitungsgruppe waren zwischen den Sitzungen aktiv und erarbeiteten die Grundlagen zu den Schwerpunkten. An den Sitzungen wurden einerseits die Ergebnisse vorgestellt andererseits war Raum für eine kritische Diskussion und Argumentation einzelner Positionen.

Das bildungspolitische Positionspapier der SP Stadt Bern wurde Mitte Dezember der Parteileitung übergeben. Es soll im ersten Halbjahr 2019 von der DV verabschiedet werden.

Ein weiteres Thema war die Einheitsschulkommission: Das in der Vergangenheit bereits verschiedentlich diskutierte Thema wurde erneut aktuell. Mehrheitlich tendieren die einzelnen Schulkreise auf eine dezentrale und quartiernahe Schulkommission.

Für 2019 sind weitere Anlässe der AG Bildung geplant.

Für die AG-Bildung: Barbara Breitenstein und Cipriano Alvarez

## **7.2 Arbeitsgruppe Gleichstellung**

Die AG Gleichstellung bestand 2018 aus den fünf Mitgliedern Edith Siegenthaler, Natalie Studer, Benno Frauchiger, Emmanuel Neuhaus und Andrea Kaufmann. Auf das Jahr 2019 hin wurden Austritte, aber auch Neuinteressenten angemeldet. Die AG Gleichstellung hat kein Präsidium; die Aufgaben werden unter den Mitgliedern verteilt. Es fanden drei ordentliche Sitzungen statt, eine vierte musste abgesagt werden.

Die AG Gleichstellung hat im Jahr 2018 vor allem auf Anfragen der Partei, von Sektionen oder anderen AGs geantwortet, insbesondere auf die folgenden drei:

### **Austausch mit Barbara Krattiger, Fachstelle für die Gleichstellung von Mann und Frau**

Die AG Gleichstellung besuchte die Fachstelle, um über Fortschritte und Probleme in der Stadt Bern informiert zu werden. Als Fortschritte wurden insbesondere der Bereich Lohngleichheit und deren Kontrolle genannt. Im Jahr 2018 wurde zudem eine neue Stelle für LGBTI-Themen eingesetzt. Es gibt aber auch verschiedene Probleme, namentlich die Veränderungen beim Kanton (Sparmassnahmen, personelle Änderungen), hohe Kita-Kosten für die Eltern, fehlende Flexibilität bei den Betreuungsgut-scheinen (z.B. für PendlerInnen) und fehlende Ganztageschulen.

### **Stellungnahme zum Positionspapier der AG Sozialpolitik**

Die AG Gleichstellung hat das Positionspapier der AG Sozialpolitik kommentiert und dabei einige Schwerpunkte und Problembereiche herausgearbeitet. Herausforderungen existieren im Bereich der Teilzeitarbeit von Männern und Frauen (Ungleichverteilung von Teilzeitarbeit von Männern und Frauen; Ungleichverteilung der unbezahlten Care-Arbeit und Auswirkung auf Sozialversicherungen sowie ungleiche finanzielle Lage; unfreiwillige Teilzeitarbeit). Beim Fördern von freiwilligem Engagement sind die

Konsequenzen für das Einkommen und die Sozialversicherungen zu beachten. Das Ziel aus Gleichstellungsperspektive ist die allgemeine Reduktion von Arbeitszeit gemäss Forderung der SP Frauen\*. Ausserdem müssen Normen und Werte hinterfragt werden, z.B. Teilzeitarbeit Mann-Frau, «Frauenberufe» und «Männerberufe». Weitere Problembereiche sind die Armutsbetroffenheit von Alleinerziehenden sowie mangelndes Angebot von günstigem Wohnraum für Einelternfamilien.

### **Frauenförderung in den Sektionen: Massnahmen der Sektion SP Länggasse-Felsenau**

Die Sektion Länggasse-Felsenau will den Frauenanteil insbesondere im Vorstand erhöhen. Sie hat ein Papier mit Massnahmen entworfen, wie Frauen gefördert werden können und dieses der AG Gleichstellung für eine Stellungnahme vorgelegt. Die Sektionen sind der Ort, an denen Nachwuchs aufgebaut werden kann, weswegen die AG Gleichstellung diese Massnahmen begrüsst. Wichtige Massnahmen sind insbesondere ein Götti/Gotte-System der Sektion, niederschwellige Angebote zum Kennenlernen von Anlässen bzw. Gremien und Vernetzung oder Möglichkeiten zum Mitmachen.

Für die AG Gleichstellung: Andrea Kaufmann

### **7.3 Arbeitsgruppe Kultur**

Vier Mal haben sich die Mitglieder der AG Kultur 2018 getroffen, diskutiert und um Positionen gerungen, externe Kulturschaffende eingeladen und Inputs geholt. Zusätzlich haben wir den Entwurf der Vernehmlassungsantwort zur Vierjahresplanung der städtischen Kulturförderung 2020-2023 zuhanden der Parteileitung verfasst. Am 1. März wurde die Motion „Verbesserung der Altersvorsorge von freischaffenden Künstler\*innen“ im Stadtrat eingereicht. Der Vorstoss geht auf eine Veranstaltung der AG Kultur zurück.

Zu den einzelnen Sitzungen:

- An der ersten Sitzung im März haben wir Rückschau gehalten und die Themen für 2018 gesetzt.
- Im Juni nahmen wir uns der Vernehmlassungsantwort zur Vierjahresplanung der städtischen Kulturförderung an. Die Planung wurde grundsätzlich positiv aufgenommen, jedoch haben wir uns dagegen ausgesprochen, dass bestehende Angebote unterfinanziert bleiben und dafür neue Angebote geschaffen werden. Das heisst nicht, dass wir uns gegen neue Tendenzen sträuben, sondern dass diese nicht auf Kosten von bestehenden Angeboten gehen dürfen. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass Kulturschaffende angemessen honoriert und dafür bei Projektgesuchen ausreichend Mittel gesprochen werden.
- An der September-Sitzung haben wir Nadine Borter, neue Stiftungsratspräsidentin von KonzertTheaterBern (KTB), getroffen. Wir erörterten mit ihr Fragen zur

neuen Intendanz, zur Findungskommission, zur strukturellen Organisation eines Vierspartenhauses und zur Aufarbeitung der Vorfälle der letzten Jahre. Der neue Stiftungsrat KTB ist vielfältiger, etwas jünger und weiblicher geworden. Der Stiftungsrat hat bereits entschieden, am Intendantenmodell festzuhalten; die Zusammensetzung der Findungskommission stand noch nicht fest. Ausserdem informierte Borter, dass der Stiftungsrat an einem Verhaltenskodex arbeite und sie sich Gedanken machten, welche Fähigkeiten Stiftungsrätinnen und -räte abdecken sollten. Wir haben im Gespräch unterstrichen, dass das Arbeitsklima im KTB verbessert und Vertrauen wiederaufgebaut werden muss und dass die unteren Löhne angehoben und die oberen gedeckelt werden sollen.

- An unserer Sitzung im November haben wir uns dem Thema „Geschlechtervertretung bei Musikveranstaltungen“ angenommen. Dazu luden wir Fabio Baechthold, Geschäftsführer von BeJazz sowie Mitglied der städtischen Musikkommission, und Yvonne Meyer, Projektleiterin bei Helvetiarockt, einer Organisation, die sich die Frauenförderung in der Musikbranche auf die Fahnen geschrieben hat, ein. Die Studie, die uns Meyer präsentierte, überraschte alle. Dass ein so eklatantes Missverhältnis der Geschlechter herrscht – von der Bühne bis zu den Jurys –, hätten wir nicht erwartet. Wir werden im Frühling 2019 einen Vorstoss dazu vorbereiten.

Ende 2018 hat Jean-Luc Froidevaux seinen Rücktritt bekanntgegeben. Wir bedanken uns für seinen Einsatz und begrüßen Laura Binz als neues Mitglied.

Die Zusammensetzung der AG Kultur 2018:

Katharina Altas (Co-Leitung), Patrizia Mordini (Co-Leitung), Markus Morgenegg, Renate Heer, Adi Schild, Kalinka Huber, Milva Stark, Gisela Nyfeler, Jean-Luc Froidevaux und Laura Binz

Für die AG Kultur: Katharina Altas und Patrizia Mordini

## **7.4 Arbeitsgruppe regionale Zusammenarbeit**

Die AG regionale Zusammenarbeit wurde im November 2013 konstituiert und besteht aus SP-Politikerinnen und -Politikern der Gemeinden Bern (Ingrid Kissling, Peter Marbet), Köniz (Ruedi Lüthi), Ostermundigen (Christian Zahler – Leitung der AG; Ruedi Mahler), Muri-Gümligen (Eva Schmid) und Zollikofen (Hans-Jörg Rhyn). 2018 ist mit Münchenbuchsee (Andreas Burger) eine weitere Gemeinde dazu gestossen. In den fünf Jahren seit der Gründung ist in der AG die Überzeugung gewachsen, dass die Zusammenarbeit in der Region Bern nur intensiviert werden kann, wenn dazu auch die nötigen Treffpunkte und Strukturen existieren – die AG selber bildet die Basis dazu.

### **Smart City – Smart Region als Chance für die regionale Entwicklung**

Traditionell führt die AG einmal pro Jahr eine gemeinsame Delegierten- resp. Mitgliederversammlung der beteiligten Sektionen durch. An der Versammlung vom 18. Juni 2018 in Muri-Gümligen stand das Thema «Smart City für alle. Potenzial für alle?» im Zentrum. Nach zwei externen Inputs von Thomas Gees, BFH Wirtschaft, zu den neuen Möglichkeiten von SmartCity und Renate Amstutz, Direktorin des Schweizerischen Städteverbands, mit einer nationalen Perspektive auf die Thematik, debattierten die SP-Mitglieder der beteiligten Gemeinden intensiv über Chancen und Gefahren von Smart City resp. der Digitalisierung in verschiedensten Lebensbereichen. Die Ergebnisse der Gruppenarbeiten dienen der AG regionale Zusammenarbeit als Themenspeicher für Vorstösse in den verschiedenen Parlamenten.

### **Resonanzgruppe Kernregion Bern zeigt erste Ergebnisse**

Die Thematik regionale Zusammenarbeit hat 2018 weit über die SP-Arbeitsgruppe ausgestrahlt. Zum einen hat sich die Resonanzgruppe Kernregion Bern zweimal getroffen (15. März und 22. August). Ebenfalls ausgehend vom Thema «Smart City» hat die Resonanzgruppe drei Themen vertieft (Soziale Innovationen, Zukunftsfestival und e-Governance) und sich dazu entschieden, das Thema Soziale Innovation resp. eine regionale Ideen- und Ressourcenplattform weiter zu bearbeiten. Die Resonanzgruppe geht auf Vorstösse in den regionalen Parlamenten zurück, welche in der AG regionale Zusammenarbeit der SP initiiert worden sind. 2019 wird es darum gehen, das Engagement, insbesondere der Exekutivvertretungen, hoch zu halten.

Zum andern hat Ostermundigen kurz nach den Sommerferien entschieden, formell in Fusionsverhandlungen mit der Stadt Bern zu treten. Höchste Zeit für die SP Stadt Bern, das Thema auf städtischer Seite zu vertiefen. Auf diesem Hintergrund fand die erste Delegiertenversammlung 2019 zum Thema «Leitlinien für Gemeindefusionen aus sozialdemokratischer Sicht» statt. Für die SP Stadt Bern ist klar, dass Fusionen in der Kernregion wünschbar sind, wenn sich dadurch neue Perspektiven für die regionale Entwicklung eröffnen. Dabei müssen aber gewisse Rahmenbedingungen gelten wie zum Beispiel, dass die öffentlichen Dienste in gleicher Qualität und mindestens auf dem bisherigen Stand gewährleistet sind und die demokratische Mitsprache der Stadtteile gefördert wird.

Für die AG regionale Zusammenarbeit: Peter Marbet

## 7.5 Arbeitsgruppe Sicherheit

Die AG-Sicherheit hat sich 2018 zu vier Sitzungen getroffen.

Wir haben uns Anfang Jahr verschiedene Themen vorgegeben, die wir diskutiert und zu denen wir Abklärungen vorgenommen haben. U.a. waren dies „Kundgebungen, insbesondere der Bewilligungsprozess“ und „Auswirkungen des revidierten kantonalen Polizeigesetzes (PolG) auf städtischer Ebene“. Aufgrund aktueller Ereignisse haben wir uns insbesondere über das Thema Kundgebungen mehrmals unterhalten.

Im Februar hatte die AG einen Austausch mit Gemeinderat Reto Nause. Schwerpunkt war insbesondere das kantonale PolG, weiter haben wir die Themen „Racial Profiling“, Reitschule sowie das Polizeiaufgebot bei Demonstrationen diskutiert.

Erfreulicherweise wurde im August bekannt, dass das Referendum gegen das neue Polizeigesetz zustande gekommen ist. Es kommt am 10. Februar 2019 zur Abstimmung. Sowohl die städtische wie auch die kantonale SP empfehlen, das PolG abzulehnen. Das Gesetz enthält Bestimmungen, die unserem Verständnis von Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit sowie dem Schutz der Privatsphäre diametral zuwiderlaufen. OrganisatorInnen von Veranstaltungen können neu die Polizeikosten auferlegt werden, wenn der Anlass nicht bewilligt war und es zu Ausschreitungen kommt oder wenn sie vorsätzlich oder grobfahrlässig gegen die Bewilligungsaufgaben verstossen haben. InitiantInnen von Kundgebungen müssen dann mit zusätzlichen Kosten von bis zu 30'000 Franken rechnen. Das Gesetz geht aber noch weiter und sieht auch eine Kostenüberwälzung auf Teilnehmende von Demonstrationen von bis zu 10'000 Franken vor, auch wenn sie selber weder Gewalt angewendet noch dazu aufgerufen haben. Zudem hat der Grosse Rat eine Bestimmung aufgenommen, die sich explizit gegen Fahrende richtet: diese sieht vor, dass wer unerlaubt auf privatem oder öffentlichem Grund campiert, weggewiesen werden kann.

2018 bereitete ein Teil der AG Sicherheit eine Tagung zum Thema „Zukunftsgerichtete Drogenpolitik“ vor. Die dafür 2017 ins Leben gerufene „AG Drogen“, bestand aus Mitgliedern der AG Sozialpolitik (Gerhard Wehrli und Matthias von Bergen), der AG-Sicherheit (Stefan Müller, Meret Schindler und Yasemin Cevik) sowie Marieke Kruit (Fraktionspräsidentin). Die AG Sicherheit war, im Rahmen der Beratung des sicherheitspolitischen Positionspapiers, von der Delegiertenversammlung 2016 beauftragt worden, eine entsprechende Debatte anzustossen.

Die Tagung verfolgte insbesondere das Ziel, Fachleuten und interessierten Politikerinnen und Politikern die Gelegenheit zu geben, miteinander in Kontakt zu treten und so den Weg für eine neue bzw. intensivere Zusammenarbeit im Bereich der Drogenpolitik zu ebnet. Leider musste die Tagung wegen zu wenigen Anmeldungen kurzfristig abgesagt werden.

Mitglieder der AG Sicherheit sind: Giovanna Battagliero, Yasemin Cevik, Vera Diener, Geraldine Kipfer (per Ende 2018 ausgetreten), Martin Krebs, Nora Krummen, Lukas Meier, Stefan Müller, Meret Schindler, Michael Sutter und Michael von Bergen. Geleitet wurde die AG 2018 von Stefan Müller und Yasemin Cevik, beim Protokoll wechselten wir uns ab.

Für die Arbeitsgruppe Sicherheit: Yasemin Cevik



## 7.6 Arbeitsgruppe Sozialpolitik

Die AG Sozialpolitik zählt per Ende Jahr 11 Mitglieder und hat sich im Verlauf des Jahres zu 5 Sitzungen getroffen. Im Dezember hat unser traditionsreiches Fondue-Weihnachtsessen stattgefunden. Einige unserer Mitglieder haben sich im Jahr 2018 auch in folgenden Unter-Arbeitsgruppen engagiert: Die Unter-AG Wohnen sowie die Unter-AG Drogenpolitik sind aus Mitgliedern von verschiedenen Arbeitsgruppen zusammengesetzt. Die Unter-AG Integration besteht nur aus Mitgliedern der AG Sozialpolitik. Diese Gruppe ist daran, das Positionspapier zum Thema Integration zu überarbeiten beziehungsweise neu zu gestalten.

An der Delegiertenversammlung vom 7. Mai wurde unser überarbeitetes Positionspapier „soziale Herausforderungen“ mit einigen Anpassungen verabschiedet.

Die Vernetzung mit den SP-Mitgliedern der Sozialhilfekommission war uns im Berichtsjahr ein besonderes Anliegen. An der Sitzung vom März 2018 hat ein Austausch mit der Präsidentin der Sozialhilfekommission, Pia Neuhaus, stattgefunden. Seit August 2018 ist Astrid Pfister festes Mitglied der Arbeitsgruppe und garantiert so einen regelmässigen Austausch zwischen den beiden Gremien. Die Kürzungen in der Sozialhilfe, welche der Grosse Rat beschlossen hat, haben uns auch im Jahre 2018 beschäftigt. Im Mai haben wir an einem Samstag eine Unterschriften-Sammel-Aktion für den „Volksvorschlag für eine wirksame Sozialhilfe“ durchgeführt. Am 13. August wurde dieser vom Komitee mit mehr als 16'000 Unterschriften erfolgreich eingereicht. Darüber haben wir uns sehr gefreut. Die Vorbereitung auf die Volksabstimmung im Mai 2019 wird uns in diesem Jahr sicher intensiv beschäftigen.

Die Mitglieder der AG-Sozialpolitik per 31.12.2018 sind: Christa Corbella, Martina Eggenschwiler (Co-Leitung), Franziska Ehrler, Nadja Kehrl-Feldmann (Stadträtin), Veronika Keller, Fuat Köcer (Stadtrat), Astrid Pfister (Mitglied Sozialhilfekommission), Miriam Schwarz (Co-Leitung), Gerhard Wehrli, Roland Witschi, Matthias von Bergen.

Christof Berger und Markus Troxler, welche viele Jahre in der AG-Sozialpolitik mitgewirkt haben, sind 2018 aus der Arbeitsgruppe ausgetreten und werden sich in anderen Gremien auch in Zukunft für sozialpolitische Anliegen einsetzen. Nochmals ein grosses Dankeschön für ihr langjähriges und beherztes Engagement in unserer Arbeitsgruppe.

Die AG Sozialpolitik würde sich über neue interessierte Mitglieder sehr freuen.

Für die AG Sozialpolitik: Martina Eggenschwiler

## **7.7 Arbeitsgruppe Stadtentwicklung / Wohnen / Verkehr**

Die Arbeitsgruppe Stadtentwicklung traf sich im 2018 zu sechs Sitzungen, woran jeweils sechs bis 15 Personen teilnahmen.

### **Mitwirkungen**

Im Gegensatz zum Jahr 2017 – als die AG Stadtentwicklung bloss zwei Mitwirkungen verfasste – waren es 2018 zehn: Die Arbeitsgruppe verabschiedete zu Handen der Parteigremien drei Mitwirkungen zur Revision der Bauordnung sowie je eine zur Überbauungsordnung Mingerstrasse (neue Eventhalle «BEmotion Base»), zum Zonenplan Neufeld (50m-Schwimmbad), zur Zweckmässigkeitsbeurteilung Wyler-Länggasse, zum Parkierungskonzept MIV, zum Masterplan Veloinfrastruktur, zu den kantonalen Richtplananpassungen `18 sowie zum Zonenplan Egelmösli Wyssloch. Sämtliche Mitwirkungen sind unter <http://www.sp-bern.ch/index.php?id=1295> einsehbar.

### **Diverse Themen**

Ungeachtet der hohen Arbeitslast aufgrund der vielen Mitwirkungen nahm sich die Arbeitsgruppe gleichwohl Zeit, um Vorlagen zu Handen der Stadtratsfraktion zu diskutieren – unter anderem die Sanierung Ka-We-De, den Car-Terminal Neufeld, den hohen Sanierungsbedarf bei den Schulbauten oder den geplanten Ausbau des Autobahnknotens Wankdorf («Spaghetti-Teller»).

### **Unter-AG Wohnen**

Die Unter-AG Wohnen – unter der Leitung von Franziska Ehrler – war äusserst produktiv. Sie legte einen ersten Entwurf für ein neues Positionspapier zur Wohnpolitik der SP Stadt Bern vor. Dabei rückte die Gruppe die sozialpolitischen Auswirkungen der Wohnpolitik und deren Auswirkungen auf die Stadtentwicklung in den Fokus.

### **Kantonale Abstimmung Tram Region Bern.**

Gefreut haben wir uns über die Zustimmung zum Tram Bern Ostermundigen im März. Insbesondere dank den Kreisen Bern-Mittelland, Biel, dem Oberaargau sowie dem Berner Jura wurde der Kantonsbeitrag von 102 Mio. Franken (Ja-Anteil von 51,6%) genehmigt.

Wir danken den Mitgliedern der Arbeitsgruppe für die regelmässige, engagierte Teilnahme an den Sitzungen und freuen uns auf spannende und engagierte Diskussionen im nächsten Jahr.

Für die AG Stadtentwicklung / Wohnen / Verkehr: Felix Hauser und Marieke Kruit

## 8. Bericht der JUSO Stadt Bern

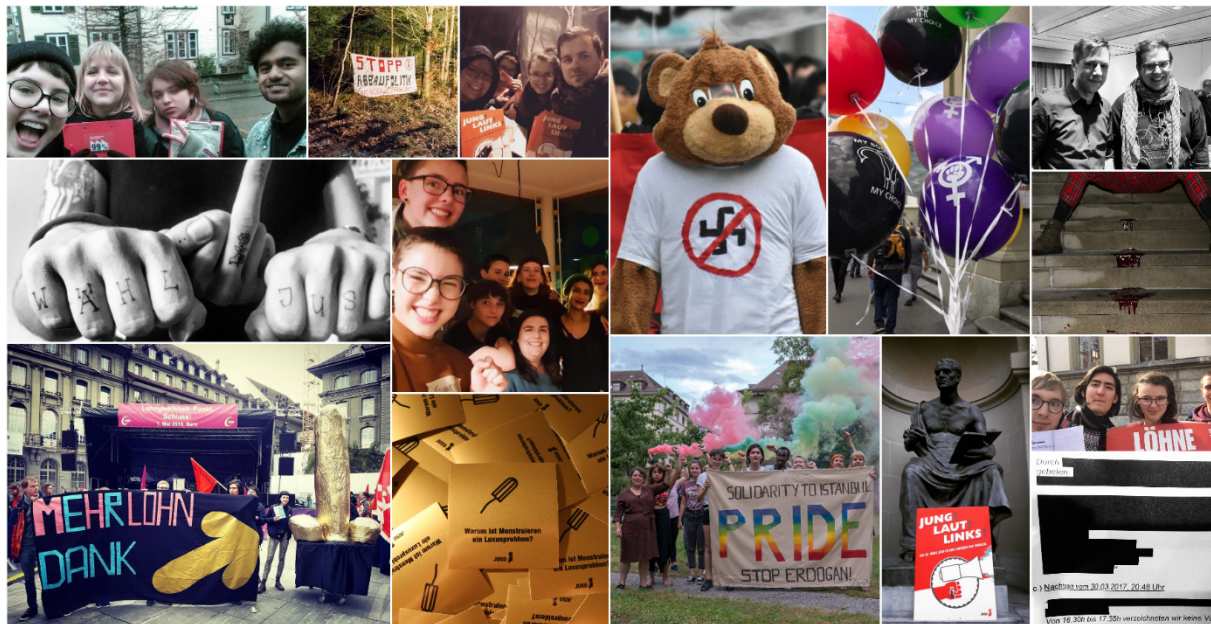
«Entschuldigung, haben sie die **99%-Initiative** schon unterschrieben?» Dieser Satz dürfte die Rangliste der 2018 durch JUSO-Mitglieder ausgesprochenen Sätze mit grossem Abstand anführen. Über 9000 Unterschriften wurden von der JUSO Stadt Bern für diese Initiative gesammelt, welche Kapitaleinkommen höher besteuern will. Und da 9000 Unterschriften zu sammeln einiges an Zeit benötigt, war dies auch unsere hauptsächlichste Aktivität im vergangenen Jahr.

Doch glücklicherweise fanden wir auch noch Zeit, weitere Dinge in Angriff zu nehmen. Bereits früh im Jahr standen die **Grossratswahlen** an. Bei Eiseskälte wurde plakatiert, geflyert und sonstiger Wahlkampf betrieben. Und dies mit Erfolg: Die JUSO ist in dieser Legislatur mit Tamara Funicello wieder im Grossen Rat vertreten. Für ihre Nachfolge im Stadtrat konnten wir Lisa Witzig gewinnen, welche ihre Arbeit in der zweiten Jahreshälfte super aufnahm.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit war auch dieses Jahr wieder der **Feminismus**. Öffentlichkeitswirksam wurde im Stadtrat das erste Mal eine unserer Motionen behandelt – es ging um einen **freien 8. März für alle Frauen** in der städtischen Verwaltung. Und siehe da, trotz anfänglichem Widerstand wurde der Vorstoss vom Stadtrat befürwortet. Weiter bauten wir für den 1. Mai einen riesigen **goldenen Penis** und liessen ihn durch die Stadt rollen – als Zeichen dafür, dass die diskriminierende Lohnungleichheit noch weiterhin besteht. Und auch im Herbst waren wir feministisch aktiv: Mit einem Vorstoss im Stadtrat, dass **Menstruationsartikel** in der Stadt Bern gratis zur Verfügung gestellt werden sollten, und einer dies begleitenden Kampagne, welche medial stark aufgenommen wurde.

Feminismus kann und darf jedoch nicht nur aus öffentlichkeitswirksamen Aktionen bestehen – es muss auch an den **internen Strukturen** gearbeitet werden. Dies nahmen wir uns vor und erarbeiteten bereits im Januar ein Frauenförderungskonzept. Wir beschlossen, am Anfang jeder Versammlung bewusst fünf Minuten über ein feministisches Thema zu sprechen, spezifische Frauentreffen und Frauendiskussionsrunden durchzuführen und weitere Massnahmen auszuprobieren. Über das Jahr hinweg wurde dieses Konzept dann in der Praxis erprobt und weiter verfeinert, um zu sehen was funktionieren würde. Die Massnahmen waren offenbar erfolgreich, ist das Engagement von Frauen in der JUSO doch sehr gewachsen.

In diesem Jahr versuchten wir zudem, uns mehr in der SP einzubringen. Ein erster Schritt dazu war die Kandidatur von Michael von Bergen für das **Co-Präsidium der SP Stadt Bern**. Dank unserer Kandidatur wurden erstmals Hearings in den SP-Sektionen durchgeführt und es fand ein spannender innerparteilicher Wahlkampf statt. Leider reichte es schlussendlich nicht zur Wahl, ein Resultat von 35% der Stimmen für einen so linken Kandidaten ist jedoch ein gutes Zeichen dafür, dass sich die Delegierten eine linkere SP wünschen würden. Als zweiten Schritt forderten wir die SP dazu auf, eine Gegendemonstration zum **«Marsch fürs Läbe»** zu veranstalten. Nach langem hin und her funktionierte dies dann schlussendlich zwar nicht ganz wie erwünscht, in Kooperation mit der Heiliggeistkirche konnte jedoch trotzdem ein guter Widerstand gegen die Abtreibungsgegner\*innen gezeigt werden.



Eher unfreiwillig mussten wir uns dieses Jahr auch wieder mit der **Polizei** auseinandersetzen. Erstens verabschiedete der Grosse Rat ein neues **Polizeigesetz**. Dieses brachte so massive Verschlechterungen der demokratischen Rechte und einen so gewaltigen Ausbau der staatlichen Gewalt mit sich, dass wir dagegen das Referendum ergreifen mussten. Da wir von keinen grossen Parteien unterstützt wurden, war ein gewaltiger gemeinsamer Effort nötig, um dieses Referendum zusammenzubekommen. Glücklicherweise mit erfolgreichem Ausgang, so dass das Gesetz noch für eine Weile aufgeschoben und eine Abstimmung darüber erzwungen werden konnte. Zweitens erfuhren wir, dass sowohl die Kantonspolizei Bern, als auch der Nachrichtendienst des Bundes eine Akte über uns angelegt hatte – uns jedoch nur stark geschwärzte Auszüge daraus zur Verfügung stellte. Da fühlten wir uns schon ein wenig in den **Fichenskandal** zurückversetzt. Und drittens mussten wir uns im Zusammenhang mit einer Demonstration zur kurdischen Stadt **Afrin** leider mit der Polizei auseinandersetzen. Der dortige Polizeieinsatz lief völlig ausser Kontrolle, so dass aus nächster Nähe auf Augenhöhe Gummischrott geschossen, die Hauptverkehrsachse ohne Not stundenlang blockiert und 239 Menschen auf den Polizeiposten verschleppt wurden. Leider verweigerte sich die Polizei einer sauberen Aufarbeitung, so dass vieles weiterhin im Unklaren bleibt.

Zu guter Letzt sei erwähnt, dass auch die JUSO selbst Demonstrationen organisiert hatte – sei es zur Unterstützung der verbotenen **Pride in Istanbul** oder gegen den **PNOS-Parteitag** im Kanton Bern. Denn für uns ist klar, dass eine gute politische Arbeit nicht nur in Sitzungszimmern stattfinden kann, sondern auch zu den Menschen, auf die Strasse, in die Quartiere gehen muss.

Auf ein erfolgreiches, kämpferisches 2019! Für eine bessere, solidarischere, gerechtere Welt! Venceremos!

Für die JUSO Stadt Bern: Beni Stückelberger

## 9. Kontaktadressen

SP Stadt Bern  
Postfach 2947  
3001 Bern  
031 370 07 90  
bern@spbe.ch  
www.spbern.ch

JUSO Bern  
Postfach 2947  
3001 Bern  
info@jusobern.ch  
www.jusobern.ch

SP Bern Altstadt Kirchenfeld  
Postfach 511  
3000 Bern 8  
info@sp-altstadt.ch  
www.spbern-altstadt.ch

SP Bümpliz/Bethlehem  
Postfach 713  
3018 Bern  
info@spbb.ch  
www.spbb.ch

SP Bern-Nord  
Postfach 609  
3000 Bern 22  
info@sp-bern-nord.ch  
www.sp-bern-nord.ch

SP Bern Holligen  
Postfach  
3000 Bern  
info@spholligen.ch  
www.spholligen.ch

SP Bern Ost  
c/o Mehmet Özdemir  
Mülinenstrasse 15  
3006 Bern  
mehmet-oezdemir@hotmail.com  
www.sp-bern-ost.ch

SP Bern Süd  
3000 Bern  
info@sp-bern-sued.ch  
www.sp-bern-sued.ch

SP Länggasse-Felsenau  
c/o Niklaus Baltzer  
Finkenhubelweg 6  
3012 Bern  
info@sp-lf.ch  
www.sp-lf.ch